

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

9.2.1870 (No. 34)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 9. Februar.

N. 34.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkunftsgebühr: die gespaltene Zeile mit 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Telegramme.

† Berlin, 8. Febr. Abgeordnetenhaus. Der Regierungsantrag auf Vertagung des Landtags ist nach dem gestrigen Herrenhausbeschluss von der heutigen Tagesordnung abgesetzt worden. Der Entwurf, betreffend die Erparnisvermehrung aus der vierzig-Millionen-Anleihe von 1868 auf andere Bahnen wurde nach der Regierungsvorlage angenommen.

† Wien, 7. Febr. Das Abgeordnetenhaus wies die Anträge des Abg. Nechbauer, betreffend das Religionsgesetz, Zwölfe und die Aufhebung des Konkordats einem aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschusse zu. — Fast sämtliche bei den hiesigen Zeitungen beschäftigten Setzer stellten wegen Zurückweisung ihrer Forderung eines höheren Lohnes die Arbeit ein.

† Paris, 8. Febr. Der Abg. Rochefort wurde gestern Abend 8 Uhr zu Villette verhaftet; als derselbe im Begriff war, sich in eine öffentliche Versammlung zu begeben. Die Verhaftung erfolgte ohne Widerstand von Seiten Rocheforts, der nach dem Gefängnis St. Pelagie abgeführt wurde. G. Florens zog einen Revolver mit dem Rufe: „Wir müssen Rochefort befreien!“ Man berichtet, daß G. Florens und drei Andere ihre Revolver abfeuerten, ohne jedoch Jemand zu verwunden. Gegen 10 Uhr Abends wurden in den Faubourgs du Temple und Belleville Verjuch gemacht, Barrikaden zu bauen. Um 1 Uhr Nachts marschirten Truppen nach dem Faubourg Belleville. Die Boulevards waren belebt, doch kam es nirgends zu Unordnungen.

† Paris, 8. Febr. Der „Figaro“ berichtet über die Vorfälle von gestern Abend Folgendes: Es wurden Barrikaden gebaut. In der Rue Paris und in Belleville wurden ein Friedensoffizier und ein Stadtrath getödtet. Nach Mitternacht plünderten die Unruhestifter die Fabrik Lebaucheur und nahmen 40 Gewehre und 300 Revolver mit. Es wurden sehr zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Barrikaden werden durch Truppen und Polizei bewacht.

† Paris, 8. Febr. Die Zahl der Verhafteten beträgt 150; Florens ist nicht darunter; er verhinderte die Ernennung eines Polizeikommissärs zu Villette. Die Barrikadenbauer leisteten keinen Widerstand. Heute herrscht überall Ruhe.

Deutschland.

München, 5. Febr. Abgeordnetenkammer. Adressdebatte. 5. Tag.

„Gente ergreif der Redner das Wort. Nicht um das Urtheil über Staatsthaten handle es sich in diesem Augenblick, nicht um politische Aktionen, die Fürst Hohenlohe vollführt oder unterlassen habe, sondern um das Vertrauen in dessen politische Gesinnung. Seit der Rede Sr. Durchlaucht am vergangenen Samstag, die von der liberalen Seite des Hauses mit Beifall begrüßt worden, sei dieses Misstrauen in ihm nur noch befestigt worden. Nicht die Konzilsdepeche habe in ihm dieses Misstrauen erregt, diese werde er erst wieder einmal lesen, wenn die Resolute des Konzils wirklich bekannt seien. Aus den früher gehörten Reden des Hrn. Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten ergebe sich, daß er für die Bewirklichung seiner eigentlichen politischen Ideen nur den günstigsten Zeitpunkt abwarten wolle. Was der Fürst im Oktober 1867, wo Bayern auf der Sonnenhöhe der preussischen Anschließung stand, wollte, war, daß die eingreifendsten Angelegenheiten Bayerns in die Hände Preussens gelegt würden, das ganze Bollwerk, die Eisenbahnen, der Zivilprozess u. s. w. sollte der bayerischen Regierung entrückt werden. Wie könne man, wenn solches angestrebt wurde, noch von Bayerns Selbstständigkeit und Selbstverwaltung sprechen. Der Widerspruch, in den der Fürst von Hohenlohe mit sich selbst komme, müsse dem einfachen Bürgern einleuchten, so was könne unser bayerisches Volk gar nicht begreifen, er habe drängen in der Bevölkerung die Ausrufung gehört, der König könne den Fürsten v. Hohenlohe gar nicht entlassen, er sei an ihn gebunden. Die Beträge seien der Deutung fähig, die patriotische Partei wolle keinen Minister, der es auch sei. Im Vollparlament habe Fürst Hohenlohe, statt herzlich und treu zu den bayerischen Betreibern zu halten und Freud und Leid mit ihnen zu theilen, sich einer Politik gerühmt, die den Beifall der preussischen Partei gefunden. Man habe später noch einmal sich dem Wahne hingelassen, es sei mit Sr. Durchlaucht eine Wandlung vor sich gegangen, und er werde sich wieder mehr der bayerischen Partei zuneigen, aber man habe sich getäuscht, das Maß des Widerspruchs sei jetzt voll, ja es sei schon überlaufen. Der Redner schließt mit der Bemerkung, daß Sr. Durchlaucht auch schon nach seiner internationalen Stellung nicht des Interesses an der Existenz des Königreichs Bayern habe, als sie, die Patrioten, die ja nur einen König und ein Vaterland zu beschützen hätten. (Von der Rechten wird Jörgs Rede wiederholt mit dem lauteften Beifall begleitet.)

Fürst Hohenlohe: Man könne ihm aus der internationalen Stellung seines Hauses nur dann einen Vorwurf machen, wenn man letzteren mit Thatfachen belegen könne. Referent habe Eingang der Debatte geknüpft, Europa schaue auf uns. Das sei in gewisser Beziehung richtig; denn die Entscheidung, welche hier getroffen werde, werde von weittragender Bedeutung sein, weil der Kampf, welchen man hier führe, ein Theil des großen Kampfes sei, welcher gegenwärtig in der ganzen Welt geführt werde. (Lebhaftes Bravo links).

des Kampfes zwischen dem modernen Rechtsstaat und der Neugeschaltung des Staats auf kirchlich-absolutistischer Grundlage. (Wiederholtes Bravo.) Er lasse sich auch durch die Rede Guttlers nicht von seiner Meinung abwendig machen. Denn seine (des Fürsten) Gegner machten gemeinsame Sache mit den Gegnern des gegenwärtigen Rechtsstaats. Ebenso bemüht sich dieselben, die Mißstimmung, welche das Jahr 1866 hervorgerufen, für ihre Zwecke auszunützen. Redner habe sich seit drei Jahren redlich bemüht, Bayern aus seiner unglückseligen Lage herauszubringen. Die Patrioten sagen, sie wollten die nationale Vereinigung. Es sei aber wesentlich, ob sie nicht die Realisirung dieses Wunsches in nebelhafter Ferne erwarteten. Wenn man das nicht erwarten wolle, so gebe es keinen andern Weg als den, welchen die bayerische Regierung eingeschlagen, den Weg der Verträge. Im politischen Leben schade nichts mehr, als Unklarheit der Begriffe. Seine Gegner hätten sich aber nicht die Mühe gegeben, sich über alle vorkommenden staatsrechtlichen Fragen zu informiren. Er, Redner, habe sich nie für den Eintritt in den nordb. Bund ausgesprochen. Der Hr. Referent werde im Verfolg seiner Aeußerungen finden, daß er allerdings 1866 für die Vereinigung mit Norddeutschland plabirt habe, weil damals der Nordbund noch nicht geschlossen war. Als er jene Rede gehalten, sei er auch noch nicht Minister gewesen. Es sei überhaupt unmöglich, eine nationale Verbindung zu schaffen, wenn man gar keine Rechte u. s. w. einer gemeinsamen Behandlung unterwerfen wolle. Bayern würde seiner Meinung nach durch eine solche nichts verlieren; allerdings müßten dabei Bayern eben solche Rechte und Stellung eingeräumt werden, wie jedem andern Staate. Er habe aber nicht gesagt, daß er Bayerns Rechte und Befugnisse an ein norddeutsches Parlament übertragen wolle. Er habe im Gegentheil immer eine solche Gestaltung der Verhältnisse angestrebt, welche die süddeutschen Staaten als gleichberechtigte Partizipanten anerkannt hätte. Es gebe aber Situationen, in welchen sich der Wille des Einzelnen, ja eines Staates, als unzulänglich erweise. Bei Erneuerung der Zollvereinsverträge sei der Zeitpunkt gewesen, wo wir aus Deutschland hätten ausscheiden können. Redner hätte aber einer solchen Absicht nicht zugestimmt und sei damals bereit gewesen, sein Amt niederzulegen, und die Entscheidung dem König und dem Lande zu überlassen. Beide hätten sich für Erhaltung des Zollvereins ausgesprochen. Dadurch sei aber die Bildung eines Südbundes erschwert worden. Es sei möglich, daß wir vorberhand zum Abwarten genöthigt würden. Es gebe aber zwei Arten des Abwartens: eine, welche gegebene Thatfachen offen anerkenne, und eine andere, welche mit Ungebuld den Augenblick erpasse, wo Geschehenes ungeheuer zu machen, wo für Erduldetes Repanche zu nehmen sei. Daß er, Redner, mit letzterer nicht einverstanden sei, werde man begreifen; denn er käme sonst mit seiner ganzen politischen Vergangenheit in Widerspruch. Der Abg. Schleier habe den mangelnden Hinweis auf das Verhältniß zu Oesterreich in der Thronrede betont. Auch er, Redner, vermiße diesen Hinweis in der Adresse. Er müßte sich wundern, daß sich der Minister des Aeußern, dessen Worte nach dem Referenten doch so große Tragweite hätten, darüber aussprechen sollte. Redner glaube, daß Bayern eine größere strategische Bedeutung habe, als nur zum Glacis Oesterreichs zu dienen. Er verkenne nicht, daß, wenn Oesterreich und Frankreich gemeinsam Deutschland angriffen, dies für uns höchst gefährlich wäre. Was könne aber da ein bayerischer Minister des Aeußern anders thun als sein Augenmerk darauf zu richten, daß kein Anlaß zu einer solchen Koalition gegeben und der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen gehindert werde? Wie sich das Verhältniß zu Oesterreich gestalten werde, das könne kein herberlicher Politiker voraus wissen. Indessen auch Redner erwarte den Frieden Europas von der engherigen Verständigung Oesterreichs und Preussens. Bis dahin solle man sich halten an dem, was wir haben. Nachdem Redner bemerkt, daß er die Annehmlichkeiten der Adressdebatte vorausgesehen, dieselben aber noch über seine Erwartung hinausgegangen (Geltend) seien, macht er darauf aufmerksam, daß Referent nicht die ganze Rede vorgelesen habe, welche er, Redner, damals im Vollparlament gehalten (Bravo links). Er habe die in derselben enthaltenen Erklärungen nicht in einer fremden, sondern in einer deutschen Versammlung abgelesen (Bravo); auch habe er nicht im national-liberalen Sinn oder von seiner Thätigkeit als Minister, peziell gesprochen. Es wäre weit gekommen, wenn man nicht mehr von Verständigung sprechen dürfe, ohne einen Theil seiner Landsleute gegen sich zu haben. (Bravo links.)

In der nun beginnenden Spezialdebatte motivirt Dr. Böck die liberale Modifikation zur Adresse. Das Misstrauensvotum der Reichsräthe sei vorläufig, inkompositionell, anmaßlich; die Majorität der patriotischen Partei betrage 6 Stimmen und würde eine ebenso große Minorität sein, wenn 27 Allgäuer Bauern anders gestimmt hätten. Dies berechtige ein Mittelstimm; ein solches habe man jetzt, da die Minister keiner Partei angehörten. Die patriotische Partei wolle ein Parteinisstrauensvotum, wenn sie es auch leugne, sie möge nur auch gleich dem König die Namen derg, die sie wolle, angeben. Wenn sie aber auch parteilose Männer wolle, so würde sie keine finden, denn heute zutage müsse jeder Mann von christlicher Ueberzeugung einer Partei angehören. Der patriotischen Partei sei es mit ihren Reden von Freiheit und Deutschtum nicht Ernst; sie lehne sich gegen Gesetz und Obrigkeit auf und wolle Bayern zu einer römischen Provinz machen. Von der Einbringung des Schulgesetzes datire die kirchliche Hege und der Schmutz und die Thronumsturz-Bestrebungen der patriotischen Partei.

In demselben Sinne und Tone spricht Stoßbauer (Passau), während in entschiedener aber verständlicher Weise Dr. Kuland den patriotischen Standpunkt vertritt. Nächste Sitzung Montag.

München, 6. Febr. (Sch. M.) In einigen Zeitungen wird erzählt, Fürst Hohenlohe habe bereits seine Entlassung

gegeben, und der Gesandte in Berlin, Baron Berglas, sei zu seinem Nachfolger ausersehen; ferner der bekannte Konflikt zwischen dem König und denjenigen Prinzen, welche für die Adresse der Reichsrathskammer gestimmt hatten, sei ausgeglichen. Beide Erzählungen sind in dieser Stunde unbegründet. — Die Bewegung gegen den Oberkonsistorial-Präsidenten v. Harleß, den Verfasser und Verteidiger der Adresse der Reichsräthe mit ihrem Misstrauensvotum gegen das ganze Ministerium, ist in starkem Wachsen begriffen. Die bayerischen Protestanten hatten allerdings längst Grund, gegen das Kirchenregiment dieses Herrn zu reagiren, der, ein strenger Orthodoxer, nur allzu gern, so namentlich im vorigen Jahre bei der Berathung des Schulgesetzes, mit den Ultramontanen gemeinsame Sache macht. Sein jüngster Eifer, von der patriotischen Partei sich als Sturmbock gebrauchen zu lassen gegen das liberale Ministerium, hat dem Fasse den Boden ausgeschlagen.

München, 6. Febr. (Frl. Z.) In einer vorgestern stattgehabten geheimen Sitzung der Reichsräthe ist, dem Vernehmen nach, beschlossen worden, da die königl. Entschlebung, bez. der Nichtannahme der Adresse nicht diskutirbar sei, die ganze Adressangelegenheit auf sich beruhen zu lassen.

München, 7. Febr. (M. Z.) Nach langen, sehr lebhaften Debatten wurde Ab. 1 des Adressentwurfs des Ausschusses angenommen.

* Meiningen, 7. Febr. Die durch die Mitteldeutsche Kreditbank abgeschlossene Meiningener Staatsloose-Anleihe im Nominalbetrag von 3,500,000 fl., eingetheilt in 500,000 Loose à 7 fl. oder 4 Thlr., ist vom Landtag definitiv genehmigt worden. Sie ist aufgenommen zur Deckung der Kosten des auf Meiningener Gebiet gelegenen Theiles der Linie Schweinfurt-Meiningen. Die bayerische Regierung hat diese Strecke auf 25 Jahre gepachtet und die Meiningener Regierung hat sich verpflichtet, sowohl dies Pachtgeld, wie auch die späteren Erträge der Bahnstrecke zur Amortisation der Loose mit zu verwenden.

Hannover, 6. Febr. Der Bischof von Hildesheim hat von Rom aus einen Glückwunsch beim Jahreswechsel an König Wilhelm gerichtet, und ist darauf mit der nachstehenden, in der Hildesheimer (katholischen) Zeitung veröffentlichten Antwort beehrt worden:

Es hat Mir eine besondere Freude gemacht, daß Sie auch aus der Ferne, und gerade von Rom aus, in Ihrem und Ihres Kapitels Namen so herzliche Glückwünsche zum neuen Jahre für Mich und Mein Haus Mir ausgesprochen haben. Ich erwidere sie von Herzen für Sie und Ihre ganze Diözese, und bitte Gott mit Ihnen, daß Er das Vaterland segnen und auch über Meine treuen Absichten für das Wohl desselben nach seiner Weisheit walten möge. Ich vertraue darauf, daß Ihre und Ihrer Brüder Bisthämliche Mich dabei unterstützen und helfen werde, das Werk des Friedens zu fördern, der uns überall und besonders auf religiösem und kirchlichem Gebiete so nöthig ist und zu dessen Erhaltung Gott auch die Arbeiten des Konzils, an denen Sie jetzt Theil nehmen, anleiten möge. — Berlin, den 15. Januar 1870. — Wilhelm.

Hamburg, 6. Febr. Der Legationsrath Graf Puliga hat dem Senat ein Schreiben zugestellt, wodurch derselbe zum italienischen Geschäftsträger für Hamburg beglaubigt wird.

Berlin, 7. Febr. Sitzungen beider Häuser des Landtags vom 7. Febr.

Abgeordnetenhaus. Der Finanzminister bringt eine Vorlage ein, betreffend die Aufhebung der Tilgungspflicht für den Rest der 40-Millionen-Anleihe für Eisenbahnen. Der Minister hebt hervor, das Haus werde hierbei Gelegenheit haben, sich über die Zulässigkeit der Staats-Prämienanleihen auszusprechen, da es bisher unklar sei, ob das Haus nur Privat-Prämienanleihen verwerfe. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die Gesetze, betreffend die Einführung gleichmäßiger Gebühren für Jagdpässe und Legitimationspapiere für Hessen-Kassau, ferner der Rheinisch-Westfälischer Vertrag vom 27. Nov. 1869, sowie das Gesetz über die Schenkungen des Wides, nach kurzer Debatte angenommen. — Darauf wurde die Berathung der Kreisordnung fortgesetzt. Zu § 50, welcher die polizeilichen Befugnisse des Amtshauptmannes festsetzt, hatte der Abg. Miquel das Amendement gestellt: gegen die Strafverfügungen des Amtshauptmannes sei innerhalb 10 Tagen Berufung an den Richter möglich. Das Haus genehmigte den Paragrappen mit diesem Amendement und ebenso ohne Debatte die §§ 51, 52 und 53 des Entwurfs. — Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Herrenhaus. Das Gesetz über die Handelskammer wird angenommen; die fernere Vorlage über die Aufhebung der Mähle- und Schlichtsteuer wird nur für die Stadt Bromberg angenommen, im Uebrigen aber abgelehnt. Die fernere Vorlage der Regierung auf Vertagung der Kammer vom 14. Februar bis 2. Mai wird mit allen gegen 20 Stimmen abgelehnt, obwohl die Minister des Innern und der Justiz und der Graf Bismarck sich aufs entschiedenste für die Vertagung ausgesprochen, und letzterer im Ablehnungsfall die Berufung einer außerordentlichen Session in Aussicht stellt.

Berlin, 7. Febr. Wie verlautet, hat Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich seinen hiesigen Gesandten, Grafen v. Wimpffen, beauftragt, Sr. Maj. dem Könige seinen innigen Dank für die freundliche Aufnahme auszu-

sprechen, welche Sr. Kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Karl Ludwig am hiesigen Hofe zu Theil geworden sei. In gleichem Sinne hat der Kaiser sich auch zu dem diesseitigen Gesandten in Wien geäußert.

An Stelle des Oberlieutenants v. d. Burg ist der Major Graf v. Waldsee als Militärattaché zu der Botschaft in Paris kommandirt worden. Derselbe reist heute Abend auf seinen Posten nach der französischen Hauptstadt ab. — Aus Kiel ist der Kapitän zur See, Hassenstein, Kommandeur der Werftdivision, hier eingetroffen. Wie verlautet, wird sich derselbe alsbald nach England begeben, um das außer Dienst gestellte britische Linienschiff „Renown“ für die Marine des Norddeutschen Bundes zu übernehmen. Dies kürzlich für den Bund erworbene Schiff wird wahrscheinlich zur Abhaltung von Schießübungen Verwendung finden.

In der vergangenen Nacht brach im Palais des Kronprinzen Feuer aus. Die rasch herbeigeeilte Feuerwehr beschränkte den Brand auf die nächsten Umgebungen seines Entstehungsortes. Nur ein Theil des Dachstuhls an dem Seitengebäude in der Ober-Wallstraße ist vom Feuer zerstört. Der Brand soll durch fehlerhafte Heizungsrichtungen bewirkt worden sein. — Schon gestern Nachmittag verbreitete sich hier die traurige Kunde von dem Wüthen einer riesigen Feuerbrunst in Havelberg. Auf telegraphisch ausgesprochene Bitte ging gestern Abend eine Abtheilung der hiesigen Feuerwehr nebst Löscharparaten mittelst Extrazuges der Hamburger Eisenbahn nach dem schwer heimgesuchten Orte ab. Auch heute sind noch Mannschaften der Feuerwehr zur Hilfsleistung nach Havelberg beordert worden. Das hiesige Polizeipräsidium hat bereits durch eine Befehlsmachung zur Beistellung von Gaben für die Abgebrannten aufgefordert.

Die telegraphisch verbreitete Nachricht, der Norddeutsche Konful in Serajewo, Dr. Blau, sei wegen eines Streites mit Safet Pascha von dort abberufen worden, bezeichnet man in hiesigen politischen Kreisen als völlig grundlos. Eine Abberufung des Dr. Blau ist weder erfolgt, noch in Aussicht, weil keine Anlässe dazu vorliegen. — Die Frage wegen einer Vertagung des Landtags für die Dauer der Reichstags-Session hat hier eine nicht geringe Bewegung hervorgerufen. Namentlich bei den konservativen Landtags-Mitgliedern zeigt sich eine entschiedene Abneigung gegen die Verlängerung der parlamentarischen Verhandlungen. Aber auch auf liberaler Seite besteht keineswegs eine große Vorliebe für den Vertagungsantrag der Regierung, wemgleich man aus tatsächlichen Gründen es zunächst den Konservativen überläßt, diesem Antrag entgegen zu treten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 6. Febr. Dem Vernehmen nach hat die Hof- und K. K. Armee, nachdem ihr von mehreren Seiten, wenn auch in schonendster Form Bedenken über die fortgesetzte Anhäufung von Truppen an der montenegrinischen Grenze geäußert worden, die bestimmte Erklärung abgegeben, daß die getroffenen Maßregeln nicht aggressiv gegen Montenegro gerichtet seien; sie setze voraus, daß dieses seinerseits darauf bedacht sein werde, nicht die Alteration einer Stellung zu provozieren, welche sie ohne eine zwingende Veranlassung niemals anzustreben beabsichtige.

Wien, 7. Febr. In Pesth hat eine allgemeine Arbeitseinstellung der Zeitungsleser bereits begonnen, in Wien wird sie als unmittelbar bevorstehend betrachtet und es haben sich deshalb — mit sehr geringen Ausnahmen — sämtliche Zeitungseigentümer über ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Sie sind entschlossen, die übertriebenen Forderungen des Arbeiterpersonals nicht zu bewilligen, sondern die Telegramme und sonstigen hervorragenden tatsächlichen Mittheilungen in einem gemeinsamen zu redigirenden Blatt zusammenzustellen und dieses gleichlautend ihren auf das allergeringste Maß zu beschränkenden Zeitungen beizulegen. Jeder Einzelne hat sich zudem unter einer Konventionalstrafe von 2000 fl. verpflichtet, von der Vereinbarung nicht einseitig zurückzutreten.

Italien.

Rom, 30. Jan. Der neueste „Brief vom Konzil“ der „Allg. Ztg.“ bestätigt Alles, was der Timeskorrespondent über die Behandlung, welche der waldäische Patriarch von Seiten des Papstes erfahren, berichtet hat. Der 78jährige Mann wurde, wie man der „Allg. Ztg.“ schreibt, sogar gezwungen, seinen eigenen Nachfolger in irgend einer Winkelkirche in Rom zu weihen. Eine gewisse uralte Selbstständigkeit dieser Sektion der orientalischen Kirche wurde bei dieser Gelegenheit zu Gunsten der päpstlichen Kurie konfisziert. Der Konzilsbrief der „Allg. Ztg.“ schließt:

... Andererseits haben die Bischöfe in den 6 oder 7 Wochen ihres Aufenthaltes weit mehr gelernt als die Kurialisten, und viele unter ihnen haben wirklich ersaunliche Fortschritte gemacht — Fortschritte, vor denen die Römer schauernd zurückbeben würden, wenn sie dieselben übersehen könnten. Gar viele dieser Kirchenhäupter sind mit der devoten Gesinnung vollstündiger Ergebenheit und mit großem Vertrauen auf die Integrität der Kurie und die Reinheit ihrer Motive hierhergekommen. Wenn sie zu Hause auch häufig durch Maßnahmen oder Entscheidungen derselben sich gedrückt und verletzt fühlten, so meinten sie doch: in den andern Zweigen der kirchlichen Verwaltung siehe es um so besser. Aber nun fällt es ihnen hier wie Eruptionen vor den Augen; sie erkennen immer deutlicher die zwei mächtigen Hebel der Miesemaschine. Die hier im römisch-kerklichen Kreise herrschende Ansicht ist: daß der Kirche in ihrem jetzigen Zustande vor Allem größere Centralisation in Rom, Erweiterung und Vertiefung der päpstlichen Macht, Begrenzung jeder in den Einzelkirchen ihr noch im Wege stehenden Schranke und Vermehrung der aus den päpstlichen Reservatrechten fließenden Einkünfte Noth thue. Diese Dinge zu verwirklichen sei das Konzil bestimmt. Als darum kürzlich ein paar Bischöfe in ihren Reden das Unwesen der kostspieligen Ehedispensen anzutasten wagten, hieß es sogleich: Was sollte denn, wenn hierin etwas geändert würde, aus unsern Kongregationen und den Einkünften ihrer Mitglieder werden? An Vertrauenslosigkeit ärmer, an solchen Eindrücken und Erfahrungen reicher, werden die Bischöfe in ihre Heimath zurückkehren. Sie

werden aber auch eine etwas genauere Kenntniß des Jesuiten-Ordens, seines Geistes und seiner Tendenzen von Rom mitbringen. Sie sehen nun klar, daß die Hauptbestimmung dieses Ordens ist, in jeder Diöcese wenigstens eine Zitabelle mit päpstlicher Bestätigung zu bilden, und Bischof, Klerus und Volk in der vollständigen Unterwerfung unter Rom und dessen Befehle zu erhalten. „Wenn es so fortgeht“, sagte kürzlich ein französischer Bischof, „so wird man uns auch noch das Weihwasser fertig von Rom schicken.“ Und dafür, daß es so fortgeht, haben die Jesuiten Sorge zu tragen. Die Bischöfe haben nun Gelegenheit, den stillschweigenden, aber beiderseits wohlverstandenen Vertrag zu durchschauen, welcher zwischen der Kurie und dem Orden besteht. Der Papst nimmt die Theologie der Jesuiten an und nöthigt sie der ganzen Kirche auf, wozu er eben der Unfehlbarkeit bedarf; die Jesuiten aber arbeiten auf der Kanzel, im Beichtstuhl, in den Schulen und in Schriften für die Herrschaft der Kurie und die Romanisirung des ganzen kirchlichen Lebens. Eine Hand wäscht die andere, und beide Theile sagen: „Wir dienen um zu herrschen.“ Diese Stellungen sind im Grunde klar, einfach durch die Natur der Dinge selbst gegeben. Schwieriger ist es, Stellung und Stimmung der Bischöfe gegen einander zu fixiren.

(Zum Konzil.) Dem Berichterstatter der „Ball Mall Gaz.“ aus Rom zufolge herrscht im Vatikan tiefe Erbitterung über die mehrfach stattgefundene Verletzung der Konzils-Geheimnisse, ganz besonders über die Veröffentlichung des Protokolls gegen das Dogma der Unfehlbarkeit in der „Allgem. Ztg.“ Einer gegen den oder die Einsender auf Befehl des Papstes eingeleiteten Untersuchung sei es angeblickt gelungen, den oder die Schuldigen ausfindig zu machen. Mit welcher Strafe sie beimgesucht werden sollen, weiß der Berichterstatter nicht anzugeben, dafür glaubt er in dem Umstande, daß der erwähnte Protest den betreffenden Prälaten, ohne irgendwelche Bemerkung zurückgeschickt wurde, den deutlichsten Beweis von der Halsstarrigkeit des Vatikans erblicken zu dürfen. Von einem Kompromisse werde hinfort keine Rede mehr sein können.

Rom, 3. Febr. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „Der Papst hat das Gesuch der Minorität, die Unfehlbarkeit nicht zur Diskussion kommen zu lassen, zurückgewiesen.“ Diese Nachricht verbreitete sich gestern während der großen Feier in St. Peter, wie ein Lauffeuer durch Rom und erregte selbst die Aufmerksamkeit solcher Personen, welche sonst den Vorgängen des Konzils wenig Aufmerksamkeit schenken. Von einer neutralen Stellung des Papstes kann also nicht mehr die Rede sein. Wenn derselbe entschlossen ist, das vorgeschlagene Dogma vor die Entscheidung der Versammlung bringen zu lassen, trotz des Widerspruches von so vielen Vertretern der wichtigsten Theile der Kirche, so kann es nicht länger zweifelhaft sein, daß seine Absichten auf eine Proklamation des Dogma's hinauslaufen. Ich will es nicht verschweigen, daß viele und rechtlich denkende Leute „den ungemessenen Ehrgeiz Pius' IX. beklagen.“ Es ist notorisch, daß der Papst keinen Widerspruch verträgt, und daß selbst seine vertrautesten Rathgeber sich scheuen, ihm gegenüber eine abweichende Meinung zu äußern, weil sie fürchten, daß eine solche Kühnheit ihnen den Verlust seiner Gnade zuziehen werde.

Frankreich.

Paris, 6. Febr. (Köln. Z.) Man sieht hier den nächsten Tagen mit ängstlicher Spannung entgegen. Die Regierung hat nämlich beschlossen, Rochefort, dessen Urtheil jetzt definitiv geworden ist, verhaften zu lassen, falls er sich nicht freiwillig stellt, um seine sechs Monate abzujüten. Der betreffende Beschluß wurde im gestrigen Ministerrathe gefaßt, und falls in der Berathung der Minister, welche heute stattfinden soll, derselbe aufrecht erhalten wird, so werden morgen Rochefort, Groussset und Dereure arreteirt werden, sich binnen drei Tagen als Gefangene zu stellen. Gegen die „Marcellaise“ ist ein weiterer Prozeß eingeleitet worden. Ihr Gerant ist für den 8. vor den Untersuchungsrichter zitiert. Gegen Gustav Florens sind ebenfalls Verfolgungen eingeleitet worden, und zwar wegen seiner Rede, die er bei Gelegenheit der Konferenz über Shakespeare hielt. Er hatte dort bekanntlich gesagt, daß „im Museum der Souveräne der Dolch Ravallac's und eine gewisse Kugel fehle, die man aber bald dort ausstellen werde.“ Nach der „Marcellaise“ wollte Florens nur von der Kugel sprechen, welche Victor Noir getödtet. Man habe — meint sie — darin eine Anspielung auf eine andere Kugel sehen wollen, die aber noch nicht getroffen sei. Gustav Florens weigert sich übrigens, irgend eine Erklärung abzugeben. — Jodo, der Affe, der die Kaiserin aus dem Orient mitgebracht hat, ist, man weiß nicht ob an Heimweh oder an geheimer Vergiftung, gestorben.

Paris, 7. Febr. Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 7. Febr.

Réaury verlangt, daß seine Interpellation über die Jesuiten auf die Tagesordnung gesetzt werde. Steiner äußert sich hierauf mißbilligend über das gestrige Dekret, welches die Begräbniskosten für den verstorbenen Marschall Regnaud dem öffentlichen Schatze zuweist. Der Kriegsminister erwidert, daß sich kein Steuerpflichtiger hierüber beklagen wird und weist auf die vom Marschall bei Magenta geleisteten Dienste hin. Ordinaire interpellirt die Regierung bezüglich der Reduktion von Minderjährigen, die in Besancon für Rednung des Papstes stattfinden. Der Kriegsminister zweifelt, daß ein Unmündiger sich ohne Erlaubniß seiner Eltern hat anwerben lassen können. Ordinaire verlangt eine Enquete über diese Anwerbungen. Cremieux wünscht morgen eine Interpellation über die Ausführung des Urtheils gegen Rochefort einzubringen. Der Minister Olivier erklärt: Ich habe Hrn. Cremieux bereits mitgetheilt, ich wäre heute bereit, diese Interpellation, wenn er es wünsche, entgegenzunehmen; zugleich aber habe ich hinzugefügt, daß ich das Resultat der Interpellation nicht abwarten würde, wenn es sich darum handelt, meine Pflicht zu thun. Cremieux begründet darauf seine Interpellation.

Cremieux, Arago und Andere unterstützen den Antrag, daß eine zweite Ermächtigung zur Ausführung des Urtheils gegen Rochefort nöthig sei. Minister Olivier zitiert Präzedenzfälle, und erklärt, ein solches Handeln heiße Willkür und Ausnahmestille in die Gesetze bringen. Gambetta stellt den Antrag, die Ausführung des Urtheils bis zum Schlusse der Session zu vertagen. Olivier

verteuert auch dies. — Die einfache Tagesordnung wird darauf mit 191 gegen 45 Stimmen angenommen.

Paris, 7. Febr. Ein kaiserl. Dekret vom 5. Febr. verfügt, daß die Leiche des Marschalls Regnaud, in Anerkennung der exceptionellen Dienste, die der Verstorbene geleistet, in den Gräbern des Invalidenhospitals beigelegt werden soll. — Die Mitglieder der Kommission, welche ernannt worden ist, das astronomische Observatorium zu verwalten, haben gestern und heute Sitzung gehalten und die Leitung der verschiedenen Dienstzweige übernommen, so daß Alles wieder seinen gewohnten Gang geht. Die Enquete-Kommission hat sich bereits mehreremal versammelt und wird ihre Arbeiten sehr thätig verfolgen.

Wie man durch die „France“ erfährt, hat sich die Kommission zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfes über die Municipalverwaltung der Stadt Paris heute im Ministerium des Innern versammelt. Der Seine-Präfekt und der Polizeipräsident wohnten der Sitzung bei.

Der Herzog v. Broglie soll die Gesandtschaft von Konstantinopel abgelehnt haben. Graf Bertemy soll zum Gesandten im Haag ernannt werden.

Morgen Mittag wird die Begräbnisfeier des verstorbenen Marschalls Regnaud de St.-Jean d'Angely im Invaliden-Dom stattfinden. — Rente 73.27 1/2, Cred. mob. 203.75, ital. Anl. 54.70.

Paris, 7. Febr. Es hat sich auf Anregung des ehemaligen Pairs Magnoncourt eine Aktiengesellschaft zur Ausfuhrung eines Werkanals zwischen dem atlantischen Ozean und dem Mittelmeere auf französischem Gebiete mit einem Kapital von 550 Millionen gebildet. Dieser Kanal soll mit Vermeidung Gibraltars allen französischen Schiffen den schnellstmöglichen Zugang zu allen Punkten beider Meere ermöglichen und den Segelschiffen eine einmonatliche, den Dampfschiffen eine mehrtägige Verkürzung der Fahrt gestatten.

Dänemark.

Kopenhagen, 3. Febr. „Dagbladet“ veröffentlicht heute die in dem schleswigischen Amtsblatt vom 27. Januar enthaltene offizielle Bekanntmachung, betreffend eine dänische preussische Vereinbarung rüchlichlich der Verpflichtungen solcher schleswigischen Wehrpflichtigen, welche event. unter Berufung auf Art. XII. des Wiener Friedensvertrages von der ihnen offen gehaltenen Berechtigung zum Eintritt in die Stellung dänischer Staatsbürger Gebrauch machen wollen.

Großbritannien.

London, 5. Febr. Aufregend und unterhaltend verspricht die bevorstehende Parlaments-Session, welche am 8. d. eröffnet werden soll, nicht zu werden, wenn sie auch mancher früheren durch die Euphorie des Sieges, was sie in der Gesetzgebung zuwege bringen will, den Rang ablaufen wird. An großer Aufregung wird es ihr fehlen, weil die Opposition weder in der Stimmung noch in der Lage ist, der liberalen Regierung in einer einzigen der Hauptfragen den Kampf auf Tod und Leben anzubieten. Im Unterhause verbietet sich jeder derartige Versuch durch die überwältigende Majorität der Regierung und, wie wenig sie an eine durchgreifende Opposition im Oberhause denkt, beweist an und für sich die Thatsache, daß sie sich nicht Lord Cairns als Führer begnügt, einem Manne, der, wie die vorige Session bewies, bei weitem größere Neigung zu friedlichen Ausgleichungen, denn zu erbitterten Parteikämpfen besitzt.

In Throncliffe bei Sheffield gährt es noch immer und die Behörden befürchten sehr, daß es abermals zu Unruhestörungen kommen möge. Zumal für nächsten Montag, wo die 24 in Haft befindlichen Bergleute nach Barnsley vor Gericht gestellt werden sollen, besorgt man einen verzweifeltsten Befreiungsversuch von Seiten ihrer Kameraden und sind bedeutende Verstärkungen der Polizei- und Militärmannschaften dorthin abgedesent worden. So ernstlich ist die Lage der Dinge, daß der Mayor in einer Proklamation ankündigt, die Polizei- und Militärmannschaften würden vielleicht am kommenden Montag und den sechs folgenden Tagen gewisse Personen innerhalb der Stadt zu ersticken haben, und daß er Jedermann warnt, sich bei Ausläufen, die solche Gestorbenen hervorrufen könnten, zu betheiligen.

Mit dem heutigen Tage sind die Telegraphen von Großbritannien und Irland nicht nur Eigentum des Staates geworden, sondern auch vollständig unter dessen Verwaltung getreten.

Amerika.

Washington, 3. Febr. Das Repräsentantenhaus hat gestern eine Resolution angenommen, welche erklärt, daß das cubanische Volk seit mehr als 15 Monaten aktive Feindseligkeiten gegen Spanien zur Erreichung der Unabhängigkeit durchgeföhrt, daß es de facto eine Regierung eingelegt und aufrecht erhalten hat, und daß es mit seinen Armeen einen großen Theil der Insel besetzt und unter seiner Kontrolle hält. Die Resolution weist dann den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zur Erörterung der Frage an, welches die Gründe sind — wenn es überhaupt deren gibt —, weshalb die Republik Cuba nicht von den Ver. Staaten als kriegsföhrende Macht anerkannt werden soll. — Das Repräsentantenhaus hat ferner eine Bill behufs Wiederzulassung Mississippis zum Kongreß unter den nämlichen Bedingungen wie bei Virginien angenommen.

Neu-York, 6. Febr. Unseren San Luis de Potosi in Mexiko hat ein Kampf stattgefunden. Die Insurgenten waren Sieger. Die Truppen des Juarez haben 20 Kanonen verloren.

Vermischte Nachrichten.

Heidelberg, 7. Febr. (Heidelb. Bl.) Gestern wurde dem I. Vorstande des hiesigen Vorwärtsvereins, Hrn. Dr. Franz Rittermaier, als Anerkennung seiner Verdienste um den Verein, zu seinem 44. Geburtstag, von sämtlichen Mitgliedern ein schönes Geschenk, bestehend in einem Fautuil mit Vorlage, überreicht.

Darmstadt, 7. Febr. (Fr. Z.) Der Landesausschuß für die Angelegenheiten der protestantischen Kirche in Hessen läßt auf den 21. ds., Vormittags 11 Uhr zu einer im Ritterschen Saale abzuhaltenden Landesversammlung ein, in welcher über die Frage berathen und beschloffen werden soll, mit welchen Mitteln die Großh. Regierung zu einem endlichen entscheidenden Vorgehen in der protestantischen Kirchenverfassungssache zu bewegen, und auf welche Weise etwaigen ungenügenden Verfassungsvorlagen zu begegnen sei.

März, 5. Febr. Nachdem gestern Abend die Schiffbrücke aufgestellt worden, wurde sie heute Morgen um 7 Uhr wieder abgefahren.

Frankfurt, 7. Febr. Gutem Vernehmen nach geht die Redaktion der „Diaskalia“ vom 1. März an in andere Hände über. Hr. Dr. Karl Wagner, Sohn des vielfährigen Redakteurs des genannten Blattes, tritt zu der angegebenen Zeit zurück und an seine Stelle kommt Hr. Theodor Winkler von Leipzig, von dem wir hören, daß er in letzter Zeit bei dem „Neuen Blatt“ des Hrn. Paul Einbau engagirt war, in das er sehr werthvolle Beiträge geliefert haben soll. — Es ist die Rede von einer Pferde-Eisenbahn, die in unserer Stadt errichtet werden soll. Zunächst wäre, wie es heißt, die Omnibuslinie von der Konstabler Wache bis nach Bodenheim in's Auge genommen, doch soll die Bahn später auch noch auf andere Strecken ausgedehnt werden. Es sollen bereits von drei Seiten Offerten beim Magistrat eingelaufen sein.

St. 6. Febr. Bei den Wässen des 1. Quartals, welche morgen beginnen und bis Mitte März dauern, wird an 4 Tagen (7, 8, 9, und 10, März) die der Brandversicherung beschuldigte Ursula Schmitz verhandelt werden und so die Eheverhandlung angelegenheit mit einem Monstreprozeß (es sollen nicht weniger als 70 Zeugen vernommen werden) abschließen.

Berlin, 6. Febr. Etwa 250 Vertrauensmänner der national-liberalen Partei aus allen preussischen Provinzen und aus fast allen norddeutschen Bundesländern traten unter dem Vorhitz v. Bennigsen's hier zusammen. Heute wurde der Landesausschuß und Vorstand gewählt; derselbe besteht aus folgenden Herren: v. Jordanbeck, Bennigsen, Decker (Kassel), Lent (Breslau), Wiedemann, Fries (Weimar), Unruh, Hennig, Laster, Braun (Wiesbaden), Miquel, Bunsen, Zabel, Soltmann, Oppenheim, Gaab.

Wien, 6. Febr. Ueber den Inhalt des dogmatischen Syllabus sagt die „R. Z. Presse“: „Es ist in der That schwer zu sagen, wer denn eigentlich in diesen wunderbaren Canon es nicht versucht ist. Von dem Fürsten an, der ein Gesetz sanctionirt, durch das sich die katholische Kirche in irgend einem Anspruch verlegt glaubt, bis hinab zu dem armen Bauer, der von seinem protestantischen Nachbar sagt: „Vielleicht kommt der doch auch in den Himmel!“ — umgibt der Blick des päpstlichen Bannes durch die ganze katholische Welt. Kein Mensch ist mehr sicher vor der gräßlichen Verfluchung, außer wer den ganzen Syllabus von Anfang bis zum Ende glaubt, und von dessen Gültigkeit überzeugt ist. Wie viele solcher Unglücklicher man aufreiben kann, ist eine Frage, von deren Beantwortung das Urtheil über unser Jahrhundert abhängt. Die offizielle Statistik hat es bis jetzt verümselt, neben den Irren auch jene verfluchenswerten Geschöpfe zu verzeichnen, die im Stande sind, ihr Verstandesvermögen nach den Vorschriften des Syllabus einzurichten. Aber allgütig dürften sie wohl nicht vorkommen, und diese Wenigen abgerechnet, ist Alles verflucht. Wie die Päpste des Mittelalters eine Stadt oder ein Land, so will Pius IX. das ganze menschliche Geschlechtsleben mit dem Interdikt belegen. Und diese einundzwanzig Canones, welche den Liebeschlag der Kirche in so viel Plätze ausprägen, sind nur der Anfang des neuen dogmatischen Schemas, wir müssen noch Fortsetzungen gewärtigen!“

Badische Chronik.

Forstheim, 6. Febr. Die der „Genossenschaft“ webend, schweben zwischen dem Verbande der badischen Arbeiter-Vereine vereinigt und demjenigen der württembergischen Verhandlungen ob, zu dem Zwecke einer Vereinigung dieser beiden Verbände zu einem gemeinsamen süddeutschen. Die badischen Vereine haben sich, mit Ausnahme eines einzigen, für diese Vereinigung ausgesprochen, von dem württembergischen bis jetzt die Vereine Stuttgart, Heilbronn, Karlsruhe, Weislingen und Ulm.

Bruchsal, 5. Febr. Die „Krdg. Ztg.“ schreibt: „Bei uns in Baden ist seit dem letzten Dienstag das neue Gesetz über die Beamtung des bürgerlichen Standes zur Ausführung gekommen. Aus allen Landesbezirken kommen bereits Berichte darüber, wie namentlich die bürgerlichen Trauungen mit einer der Würde der Handlung entsprechenden Feierlichkeit vorgenommen werden, und wie auch die nicht beteiligte Bevölkerung den nötigen Ernst kundgab. Nur aus aus hiesiger Stadt trüben wir leider die traurige Thatsache berichten, daß die am Donnerstag vorgenommene erste Trauung zu einem Standaß mißbrauch wurde. In der rohesten Weise wurde von dem vor dem Rathhause stehenden Janagel getobt und geböhnt und sogar das Brautpaar beschimpft. Eine solche Handlungsweise kennzeichnet leider die Betreffenden in wenig ehrenhafter Weise; aber nicht allein sie, sondern vor Allem Diejenigen, welche die geistigen Urheber solcher schändlichen Treibens sind.“

Bruchsal, 7. Febr. Anlässlich der von der Ersten Kammer beschlossenen Abänderungen an dem Gesetze über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ist eine Denkschrift: „Die Jugendarbeit in den Fabriken“ (Schoppsheim 1870) im Druck erschienen, welche höchst interessante und in weiteren Kreisen bisher wohl wenig bekannte thatsächliche Mittheilungen über die bezüglichen Arbeiterverhältnisse macht. Die Denkschrift führt im Wesentlichen unter Hinweisung auf statistische Zahlen aus: Die Kinderarbeit ist in Spinnereien und Webereien unentbehrlich, nicht sowohl weil sie wohlfeiler ist als die Arbeit Erwachsener, sondern weil zu gewissen Arbeiten kleine Körperdimensionen, ein sehr geringes Maß von Körperkraft und keine Geschicklichkeit erforderlich wird. Eigenschaften, welche gerade bei Kindern und jugendlichen Personen vereinigt sind; sie ist den Arbeiterfamilien unentbehrlich als eine zur Ernährung und zum Geldverdienst nötige, anderweit nicht zu beschaffende Erwerbsoption, und endlich diese Arbeit ist der körperlichen und geistigen Entwicklung der Kinder nicht nur nicht schädlich, sondern sogar förderlich. In Bezug auf diese letztere Behauptung sind in der Denkschrift Zahlen über das Ergebnis der Rekrutenaushebung aus den letzten vier Jahrzehnten angeführt, nach welchen mit steigender Entwicklung der Fabrikarbeit die Kriegsdienst-Tauglichkeit der Bevölkerung wenig-

stens insofern zugenommen hat, daß Fabrikarbeiter, welche früher ihr Kontingent nicht stellen konnten, jetzt ihre 35 bis 40 Prozent Taugliche stellen. Der Durchschnitt der letzten 40 Jahre beträgt in einem Bezirk 34 Prozent.

Zunehmend bleibt es gewiß, daß unter Fabrikarbeitern weniger Taugliche bei den Rekrutenmusterungen gefunden werden, als in den anderen Ständen, weil Geschäfte, selbst Beschäftigung und körperlich Schwächere in den Fabriken noch lohnende Arbeit finden, welche sie anderwärts vergeblich suchen würden. Dies trifft auch bei den Kindern zu, welche in Fabriken beschäftigt werden, und zudem entstammen sie zum großen Theil solchen Familien, in welchen die Ernährungsverhältnisse und die Pflege in den ersten Lebensjahren weniger günstig sind. Man kann also hier keine 34 Prozent Kriegsdienst-taugliche Leute erwarten. Gleichwohl stellen auch diese Kinder ein Kontingent zum Wehrdienste, kaum geringer als die andern Stände. Es liegen dem Einseiner dieser Beilen Verzeichnisse aus zwölf größten Fabriken des Landes vor über sämtliche in denselben bis zum Jahre 1868 beschäftigt gewesenen Knaben im Alter von 11 bis 14 Jahren. Die Verzeichnisse enthalten 908 Namen. Von 326 derselben konnte bis jetzt das spätere Schicksal noch nicht ermittelt werden; angewandert, abwesend, freigeblieben waren 32; zwei waren vor der Aushebung gestorben; gemüthert sind 543, und von diesen wurden 161, d. h. 30 Prozent Kriegsdiensttauglich befunden. Von den Tauglichen dienen zwei als Gendarmen, einer als Grenzgäuleiter, und einer fiel bei Hundheim. Die Knabensöhne aus den Fabriken stellen also überall ihr Kontingent, und wenn sie mit vier vom Hundert gegen andere Stände im Rückstande blieb, so wird dies, wie die Arbeit und die Arbeitsräume auf der einen und Wohnungen auf der andern Seite (aber keine von den Fabrikanten neu erbaute) angesehen hat, weit eher und richtiger den Lebensverhältnissen von, ersten bis zum zweiten Lebensjahre, als der Beschäftigung in den Fabriken selbst zuzuschreiben. Ueberdies aber stammten sehr Viele der oben erwähnten Arbeiter aus Bezirken, in welchen die Tauglichkeitsziffer noch vor drei Jahr 29 bis 31 Prozent war.

Serlachshausen, 5. Febr. (Taub.) Bei der in hiesigem Domänenwald heute stattgehabten Bejagung kam das Kaster Buchenschichtholz bis auf 43 fl.; der Durchschnittspreis stellte sich auf 36 fl. 54 kr. und für das Buchen-Prügelholz auf 34 fl. 48 kr. Preise, wie sie im ganzen Lande nicht vorkommen und wie man sie bei dem harten Steinöhlen-Verbrauch hiesiger Gegend nicht erwarten sollte. Allein sie beweisen die Ungünstigkeit der Waldflächen des Tauberges und mahnen, ihre sorgfältige Erhaltung und, wenn immer möglich, Vergrößerung durch Anlage geringer Felder im Auge zu behalten.

Breisach, 7. Febr. Direktor Leuthner hat sich dem Herrsche gefeiert und hat einwilligen im Amtseingangsfeier der Wiederannahme seiner Anstalt.

Konstanz, 7. Febr. (Konst. Z.) Der gestrige schöne Sonntag ludte wieder eine große Menschenmenge auf den Untersee. Der um 1 Uhr 35 Min. von hier abgehende Zug zählte 17 Wagen. In Radolzell war Musik und Feuerwerk.

Heute Nacht wurde bei Schneidh. in der Tyrolergasse ein frecher Einbruch verübt. Der Dieb nahm neue Kleidungsstücke in höherem Betrage mit und entfernte sich wieder durch den Laden, den er aufgerissen hatte. Sein Vergehen dauerte jedoch nicht lange, denn die Polizeimannschaft war ihm bald auf der Spur und setzte ihn hinter Schloß und Riegel.

Karlsruhe, 8. Febr. (Strafkammer.) Man erinnert sich, daß im Jahr 1868 ein gewisser Friedrich Nagel von Mühlburg hier eine Reihe von Diebstählen verübte und das gestohlene Silber bei Pfandleiher Karle von Rastatt verlehnte. Diesem nemlichen Pfandleiher verpfändete der heute angeklagte Johann Kunz von Darlanden eine goldene Damenuhr, welche nebst einer weiteren am Nachmittage des 20. Nov. v. J. in einem hiesigen Herrschaftshaus in der Stephanienstraße gestohlen wurde. Die Uhren nebst Ketten und Medaillons hängen in einem Schlafzimmer, der Dieb hatte sich offenbar in das Haus eingeschlichen und einen günstigen Augenblick zur Verübung der That benützt. Joh. Kunz, lediger Maurer, früher Soldat, jedoch vom Militärdienst vertrieben, 24 Jahre alt, schon wiederholt wegen Diebstahls bestraft, läugnet den Diebstahl, wird aber für schuldig erklärt und zu 3 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Der Müller Jakob Speidel von Babersfeld, kg. würtl. Oberamt Bruchsal, führt jeden Samstag auf den Durlacher Fruchtmarkt und pflegt auf dem Rückweg bei Kronenwirth Paravicini in Breiten einzuweichen; so auch am 8. Jan. d. J., wo er bis Nachts 11 Uhr verweilte; bei der Abfahrt legte der Kronenwirth ein ihm zur Aufbewahrung übergebenes Geldsäckchen mit 406 fl. in einen Fruchtsack einzuwickeln auf den Wagen; hierbei war der 16jährige Kellner Heinrich K. v. H., von Humbergen gebürtig, zugegen, welcher sich heimlich in das Wirthshaus zurückzog, jedoch alsbald dem Fuhrwerk nachsprang, dieses auf der nahen Steige einholte und den Geldsack herunternahm, ohne daß es der etwas angegriffene Müller augenscheinlich bemerkte. Als K. v. H. vor die Krone zurückkehrte, bemerkte er, daß die Wägel der Wirthshube aufschauerten, weshalb er im Hof durch Einschlagen eines Metallstückes einstieg und unbemerkt in sein Schlafzimmer kam, wo er sich alsbald ins Bett legte. Nach einer Weile kam der Müller angefahren und fragte nach seinem Geld; die Wägel hatten das Klirren der Metallstücke gehört und machten den Kronenwirth hierauf aufmerksam; dieser schöpft Verdacht auf den Kellner, welcher, alsbald verhaftet, die That eingestand und das im Hof verstreute Geld herausgab. Es stellte sich heraus, daß K. v. H. schon früher dem nämlichen Müller 43 fl. und 70 fl. auf ähnliche Weise gestohlen hat, und daß er ihm am 8. Jan. mehr Wein verabreichte, als bestellt wurde. Der Angeklagte wird in Berücksichtigung seines seitherigen guten Leumunds und seines Bestandes nur zu 1 Jahr und 6 Monat Gefängnis verurtheilt.

Der Graveur Karl Straßwimmer von Erlenbronn, welcher sich in Pforzheim dem Polizeipersonal thätlich widersetzt hatte, wird wegen Widerthätigkeit mit 4 Monat Kreisgefangnis bestraft.

Karlsruhe, 7. Jan. (Großh. Hoftheater. „Der letzte Zauberer“, phantastische Operette in 2 Akten, von Frau Turgenjew, deutsch von Dr. Rich. Vohl, Musik von Pauline Viardot-Garcia.) Schon lange hat keine Komödie so viel von sich reden gemacht, als dieses Werkchen und zwar, wie wir leider hinzufügen müssen, meist im negativen Sinn. In der That ist es demselben in der ersten Vorstellung am 28. v. M. bei der die Komposition selbst mitwirkte, nicht gelungen, sich die Gunst des Publikums zu erwerben und seitdem hat die Sache in der hiesigen und auswärtigen

Presse vielerlei Staub aufgewirbelt. Ursprünglich geschaffen für das Privattheater und dort von einem ausgewählten Zuschauerkreis jeweils mit Beifall aufgenommen, mochte der Gedanke der Uebertragung auf eine größere Bühne leicht durch den Wunsch entstanden sein, Vielen den gleichen Genuß zu bereiten, den früher Wenige gehabt hatten. Aber solche Uebertragungen erheischen große Vorsicht; es ist nicht selten ungefähr so, wie wenn man die Pflanze des Gewächshaus ohne Weiteres in das freie Land übertragen wollte. In beiden Orten ist nicht der gleiche Boden, nicht die gleiche Temperatur vorhanden; dazu kommt, daß die Selbstkritik oder die Regie schärfer zu Werk hätte gehen sollen; es hat sich z. B. bei der zweiten Vorstellung gezeigt, daß die Ausmerzung verschiedener Stellen und andere kleine Modifikationen dem Gange auf's Beste zu Statte gekommen sind. So hören wir wenigstens von Andern, denn wir selbst haben nur der zweiten Vorstellung am vorigen Dienstag beigewohnt und wollen so leicht konstatiren, daß der Erfolg keineswegs so mißlich war, als bei der ersten; im Gegentheil: verschiedene Nummern erhielten lauten Beifall und das Ganze mindestens einen succès d'estime. Frau Viardot wirkte diesmal nicht mit, ihre Rolle hatte Frau Boni übernommen.

Fügen wir nun nach dem künstlerischen Werth der dramatischen Arbeit, so müssen wir vor Allem zwei Dinge aus einander halten: den Text und die Musik. Niemand wird den ersteren für gelungen halten. Ist auch die Idee so süß nicht, so läßt doch ihre Durchführung sehr viel zu wünschen übrig; namentlich ist der dramatische Aufbau der Handlung zu mangelhaft, Alles läuft zu sehr auseinander, ist zu breit, zu episodisch, hält sich von Stufe zu Stufe mehr dramatisch zuzuspitzen und damit gleichmäßig die Spannung des Zuschauers zu steigern. Auch sind mitunter Mittel zur Anwendung gekommen, die sich doch gar zu lässlich ausnehmen. Auf der andern Seite jedoch ist nicht zu miskennen, daß der Dichter eine ganze Reihe von Situationen und Szenen geschaffen hat, die sich zur musikalischen Illustration vortreflich eignen und daß es in der Diction an wirklich poetischen Ansätzen fehlt. Uebrigens ist uns keine einzige phantastische Oper — bis hinauf zur „Zauberflöte“ — bekannt, deren Text ein dramatisches Meisterstück wäre.

Auch die Musik ist ein solches nicht und wird auch gar nicht den Anspruch erheben, es zu sein. Damit ist aber noch lange nicht das wegwerfende Urtheil berechtigt, das man da und dort darüber hören konnte. Wohl ist sie nicht symphonisch, aber sie bewegt sich in der für phantastische Musik nahezu typischen gewordenen Weise mit Geist und Geschick, und fehlt es auch nicht an Anklängen an allerlei Vorbilder, wie Mendelssohn, Nicolay, Gounod, Meyerbeer u. s. w., so ist das doch keine Kopie oder blinde Nachahmung, sondern eine selbständige Verwerthung gegebener Stylsituationen zu den eigenen und nicht selten eigenartigen Zwecken. Im Ganzen ist die Musik prächtig, leicht dahin fließend, fast durchweg sehr saßbar, voll geistreicher Einzelzüge, und sinkt selbst in den schwächsten Stellen niemals unter das Niveau des Anständigen herab. Die Instrumentation ist sogar ganz vortreflich. Wir haben auf der hiesigen Bühne schon mehr als eine Opern-Novität gehört — und könnten nöthigenfalls mit Titel und Namen aufwarten — deren Musik an Geist, Erfindung und Geschmack keineswegs zu der Höhe derjenigen der Frau Viardot hinaufreicht. Alles, was beiher spielende Dinge, schienen der Aufnahme der Operette hier nicht förderlich gewesen zu sein; wir sehen davon ab und haben es nur mit Dem zu thun, was und wie es uns von der Bühne herab geboten wurde.

Die Aufführung war sorgfältig vorbereitet und ging im Ganzen gut von statten. Außer der bereits genannten Frau Boni wirkten noch mit die Damen Rütjahn, Hausmann und Pabel, und die Hrn. Brüllhoff und D. Debricant. Den Dirigentenstab führte Hr. Levi.

Karlsruhe, 8. Febr. 53. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 9. Febr., Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichts des Abg. Hufschmid über die Bitte des praktischen Arztes Dr. Leopold Fischer in Heidelberg, um Beilegung einer schriftlichen Erklärung zu dem Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer betreffend. 3) Berathung des Berichts des Abg. Schmezer über die Petition einer Anzahl von Gemeindeführern um Befreiung des Lateinischen bei der Vorbereitung und Prüfung der einjährigen Freiwilligen betreffend.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Hammonia“, Kapit. Meier von der Linie der Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Aktiengesellschaft, ging, expedirt von Hrn. August Bolten, William Müller's Nachf., am 2. Febr. von Hamburg via Havre nach New-York ab.

Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 24 Passagiere in der Kajüte und 120 Passagiere im Zwischendeck, sowie 400 Tons Ladung.

Frankfurt, 8. Febr. Nachm. Decker. Kreditaktien 251, Staatsbahn-Aktien 367, Silberrente 57 1/2, 1860r Loose 79 1/2, Amerikaner 92.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Paris, etc.

	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
5. Febr.						
Morg. 7 Uhr	27 10,6	- 7,0	0,74	N.O.	Nar	windig, sehr kalt
Morg. 2	27 9,5	- 1,5	0,50			w. bew.
Nachm. 9	27 9,3	- 3,6	0,61			st.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 10. Febr. 1. Quartal 25. Abn. Vorstellung. Eine Fee, Grandoelet in 1 Akt von D. Feuillet, überseht von A. Winter. Hierauf: Eine frante Familie, Schwank in 3 Akten von G. Moser und W. Drosi.

Theater in Baden.

Mittwoch 9. Febr. Der letzte Trumpf, Lustspiel in 1 Akt von A. Wilhelm. Hierauf: Der letzte Zauberer, phantastische Operette mit Ballet in 2 Aufzügen, von Frau Turgenjew; deutsch von R. Vohl. Musik von Pauline Viardot-Garcia.

